



Christian Ude

Datum
15.06.2013

Aufarbeitung der Heim- bzw. Fürsorgeerziehung
Unser Zeichen: BOB-CS-4235-1-0001

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landeshauptstadt München und hier in besonderem Maße das Stadtjugendamt München befassen sich seit 2009 analog des Runden Tisches Heimerziehung in Berlin mit der Aufarbeitung der Heim- bzw. Fürsorgeerziehung zwischen 1950 bis ca. 1975.

In diesem Zusammenhang hatten Sie Kontakte mit dem Stadtjugendamt München. Sei es, dass Sie als Ehemalige der stadteigenen Münchner Heime (Münchner Waisenhaus, Münchner-Kindl-Heim und Marie-Mattfeld-Haus ehemals Hänsel und Gretel Heim) direkt angeschrieben wurden, sei es, dass Sie sich aufgrund der Berichterstattung in den Medien selbst gemeldet haben.

Es ist uns sehr wichtig, die Stimme der Betroffenen, Ihre „Heimgeschichte“, Ihre Erfahrungen und Erlebnisse im Guten wie im Schlechten zu hören. Sie ermöglichen wesentliche authentische und wirkliche Darstellungen von Heimerziehung in den 50er Jahren und bis in die 70er Jahre hinein. Ihre individuellen Erfahrungen sind – das zeigten die Gespräche, Briefe und E-Mails – sehr vielfältig und sehr berührend. Gerade deshalb machen uns die Berichte von erlebtem Leid und Unrecht besonders betroffen. Uns beschämt, dass in diesen Fällen unser pädagogischer Anspruch nicht erreicht wurde oder sogar ins Gegenteil verzerrt wurde. Aufgrund von Gewalt und massivem psychischen Druck durch Leitungspersonen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde die Würde der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen oft nachhaltig verletzt und ihr Leben beschädigt.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München fühlt sich für die in den oben genannten Heimen untergebrachten Kinder und Jugendlichen sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart und Zukunft verantwortlich.

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: 233-49679
Telefax: 233-49503

Stellvertretend für alle, die damals Verantwortung trugen, entschuldigen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt München bei Ihnen als ehemalige Heimkinder für erlittenes psychisches und physisches Leid.

Die Stadträtinnen und Stadträte aller Fraktionen haben dazu eine Erklärung „Anerkennung von erlittenem Leid und Unrecht“ abgegeben, die am 27.07.2011 beschlossen wurde. Sie liegt diesem Schreiben als Anlage 1 bei.

Wir setzen uns heute konsequent für eine Pädagogik ein, die von der „bedingungslosen Annahme jedes jungen Menschen“ auf der Grundlage unseres Grundgesetzes geprägt ist. Als sichtbares Zeichen der Weiterentwicklung unserer Heime sende ich Ihnen den Kodex der städtischen Münchner Kinder- und Jugendheime als Anlage 2 zu.

Ein weiterer Baustein zur Bewältigung der Vergangenheit ist der Fonds Heimerziehung, der bereits vom „Runden Tisch Heimerziehung“ in Berlin gefordert worden war. Es ist gelungen, dass der Bund, die Kirchen und Ordensgemeinschaften sowie die Länder und die Kommunen in den Fonds-Heimerziehung einzahlen.

Dem Münchner Stadtrat und mir persönlich war es ein besonderes Anliegen, dass auch die kommunale Seite den Fonds unterstützt, um unserer Verantwortung nachzukommen. Alle betroffenen ehemaligen Heimkinder können sich nun an den Fonds wenden und die bereitgestellten Fonds-Einzahlungen beantragen.

Für eine Gewährung von Leistungen ist die „Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern“ im Landesjugendamt Ansprechpartner. Die Beraterinnen und Berater unter Leitung von Herrn Rösler erklären Ihnen gerne die Vorgehensweise und unterstützen Sie bei der Antragstellung. Der Antrag wird dann an die Bundeszentrale Geschäftsstelle in Köln versandt und dort beschieden. Eine Information über den Fonds liegt als Anlage 3 diesem Schreiben bei. Für die häufigsten Fragestellungen finden Sie eine von der Geschäftsstelle des Fonds erstellte Zusammenstellung ebenfalls in der Anlage.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München und ich als Oberbürgermeister möchten Ihnen nochmals unser tiefstes Mitgefühl für das Ihnen zugefügte Leid zum Ausdruck bringen und Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute wünschen.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Ude

Anlagen



Erklärung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

zur

Anerkennung von Leid und Unrecht

in den Heimen in Trägerschaft der Landeshauptstadt München zwischen den Jahren 1950 und 1975

Lange Zeit gab es für das Schicksal ehemaliger Heimkinder keine öffentliche Plattform in der Politik und in der Gesellschaft. Die Eingabe ehemaliger Heimkinder an den Präsidenten des Deutschen Bundestages im Februar 2006 hat bewirkt, dass der „Runde Tisch – Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ in Berlin eingerichtet wurde. Die Leidensgeschichten der Opfer wurden in die Öffentlichkeit gerückt. Der Aufarbeitungsprozess der Geschichte der Heimerziehung in den Jahren zwischen 1950 und 1975 wurde eingeleitet und in der Bundesrepublik von einzelnen Ländern, Städten, Wohlfahrtsverbänden und Einrichtungen aufgegriffen.

Vor dem Hintergrund des Runden Tisches und von erschütternden persönlichen Berichten betroffener ehemaliger Heimkinder, die zwischen 1950 und 1975 in den städtischen Heimen der Landeshauptstadt München – Münchner Waisenhaus, Münchner-Kindl-Heim und dem Marie-Mattfeld-Haus in Oberammergau – lebten, hat seit 2009 auch das Stadtjugendamt München einen Prozess der offenen Auseinandersetzung mit dem Thema der Heimerziehung in den Münchner Heimen für die Jahre 1950 bis Mitte der 70er Jahre begonnen.

Wir müssen heute aufgrund der Befunde aus den Berichten Betroffener feststellen, dass auch in diesen städtischen Heimen jungen Menschen Leid und Unrecht widerfahren ist.

Elementare Grundsätze der Unantastbarkeit der Menschenwürde und des Rechts auf persönliche Freiheit und körperliche Integrität wurden immer wieder - auch systematisch - missachtet.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München und der Oberbürgermeister bedauern zutiefst, dass ehemaligen Heimkindern in den städtischen Heimen dieses Leid und Unrecht widerfahren ist.

Die Landeshauptstadt entschuldigt sich ausdrücklich bei den Betroffenen und unterstützt die weitere Aufarbeitung und sichert all jenen ehemaligen Heimkindern, die heute aufgrund des erlittenen Leids und Unrechts Hilfe wollen, Hilfe bei der persönlichen Aufarbeitung zu.

Die Landeshauptstadt München wird sich für rasche Verhandlungen zur Erarbeitung von gemeinsamen überindividuellen Lösungen von Bund, Ländern und Kommunen einsetzen. Sie wird selbstverständlich in den Entschädigungsfond für ehemalige Heimkinder ihren Anteil einzahlen, sobald er gegründet wird.

Die zentrale Forderung der Betroffenen, dass solche Menschenrechtsverletzungen in keinem der Münchner Heime mehr geschehen dürfen, hat für den Stadtrat und den Oberbürgermeister oberste Priorität. Wir sehen uns in der Pflicht, für die Zukunft sicher zu stellen, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Münchner Stadtgesellschaft unter Achtung all ihrer Rechte gut heranwachsen können.

Einstimmiger Beschluss (BV 08-14/V06745) der
Vollversammlung des Münchner Stadtrates
am 27. Juli 2011